

Antrag

öffentlich

Datum	Nummer
21.09.2022	A0187/22

Absender

Fraktion AfD

Adressat

Vorsitzender des Stadtrates
Prof. Dr. Alexander Pott

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

06.10.2022

Kurztitel

Sprachwirrwarr beenden - Deutsche Rechtschreibung statt
Gendersprache**Der Stadtrat möge beschließen:**

Die Landeshauptstadt Magdeburg verwendet in ihren internen und externen Schriften ab sofort und durchgängig die Regelungen der deutschen Rechtschreibung und distanziert sich vom Gebrauch der sogenannten „gendergerechten“ Sprache.

Begründung:

Die durch die linke Stadtratsmehrheit erzwungene Einführung der sogenannten gendergerechten Sprache in internen und externen Schriften der Stadt hat für bereits vorher absehbare Probleme gesorgt und gibt unser Magdeburg der Lächerlichkeit preis. Nicht nur, dass Mitarbeiter der Stadt durch den „Leitfaden für gendergerechte Sprache“ genötigt werden gegen die gültige deutsche Rechtschreibung sowie das gesunde sprachliche Empfinden zu verstoßen, so sind zudem bereits Texte der Stadt bis zur Unleserlichkeit durchgendert oder lassen eine realitätsbezogene Geschlechterzuweisung vermissen.

Als kurzes Beispiel von Vielen für absolut unleserliche Texte sei hier die „Dienstanweisung für die Berechtigungsverwaltung des elektronischen Verfahrens im Haushalt-, Kassen- und Rechnungswesen“ (Stand: 12. April 2021) angeführt. Dort heißt es zum Beispiel:

*3.1 Bestellung Berechtigungsverwalter*in und stellvertretende*r
Berechtigungsverwalter*in*

*Durch den Oberbürgermeister sind ein*e Berechtigungsverwalter*in und ein*e
stellvertretende*r Berechtigungsverwalter*in für die Finanzsoftware zu bestellen.*

Als Beispiel für realitätsferne Geschlechtszuweisungen sei ein Social Media Post auf der Facebookseite „Magdeburg.de“ vom 19. Mai 2021 angeführt, indem es heißt, dass „Brückenexpert*innen“ den Zustand der Strombrücke überprüfen. Bei den dort arbeitenden Brückenexperten handelte es sich ausnahmslos um Männer.

Beide Beispiele stehen exemplarisch für einen ganzen Wust aus Unleserlichkeiten, Undeutlichkeiten und nicht der Realität entsprechenden Geschlechtsdarstellungen. Dies ist insofern von Belang, da dies gegen den eigens erlassenen „Leitfaden für gendergerechte Sprache“ verstößt. Dort heißt es bereits in der Präambel:

Geschlechtergerechte Texte sollen sachlich korrekt sein, verständlich und lesbar sein, vorlesbar sein (...) Rechtssicherheit und Eindeutigkeit gewährleisten (...) für die Lesenden bzw. Hörenden die Möglichkeit zur Konzentration auf die wesentlichen Sachverhalte und Kerninformation sicherstellen.

Weder können, wie nun in der Landeshauptstadt gegenderte Texte, hier vor allem im Verwaltungs- und Rechtsverkehr, Verständlichkeit, Lesbarkeit, sachliche Korrektheit als auch Rechtssicherheit und Eindeutigkeit gewährleisten, noch bieten diese die Möglichkeit, dass Leser und Hörer sich auf die wesentlichen Sachverhalte und Kerninformationen konzentrieren können. Die Gendersprache verhindert so die nötige Barrierefreiheit von städtischen Texten für Bürger mit schlechten Lesekenntnissen oder Lese-/Rechtschreibschwäche.

Selbst die sonst eher linkslastige Tageszeitung Volksstimme nimmt aus vorgenannten Gründen Abstand vom Gebrauch der Gendersprache. Auch der Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) bemängelte den missionarischen Duktus der sogenannten gendergerechten Sprache, welche mit der Lebenswelt der Menschen nicht mehr das Geringste zu tun habe. Die Stadt gibt sich daher mit dem Verstoß gegen die deutsche Rechtschreibung der Lächerlichkeit nach innen als auch nach außen preis und verstößt durch die erzwungene Einführung der Gendersprache als Machtmittel linkextremer Identitätspolitik gegen die politische Neutralitätspflicht als Dienstherr und Verwaltungseinheit.

Frank Pasemann
Fraktionsvorsitzender